

Hochheimer Stadtanzeiger

Ämtliches Organ der Stadt Hochheim a. M.

Verlagspreis: monatlich 1600 M. einjährl.
Druckerslohn. Wegen Postbezugs näheres
bei jedem Postamt.

Erscheint auch unter dem Titel: Nassauischer Anzeiger, Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Redaktion und Expedition: Biebrich a. Rh., Rathausstraße 16. Telefon 41.

Anzeigenpreis: für die 8-spaltige
Kleinzeile oder deren Raum 100 M.,
Reklamazeile 250 M.

Rotations-Druck und Verlag: Guido Seidler vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Biebrich a. Rh. — Redakteur: Paul Jorisch, Biebrich a. Rh. — Filiale in Hochheim: Jean Lauer.

M 47

Samstag, den 21. April 1923.

Postfachkonto
Stuttgart (Halle) 10114

17 Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Nr. 170.
Die Polizeiverwaltungen und Ortspolizeibehörden sind auf meine Verfügung vom 4. November 1922, 1. 12. 1922, betr. den ordnungsmäßigen Zustand der dort vorhandenen Wegweiser, Schilder (Rechtsfahrspur) und Automobilspalten erneut hin.
Ermächtige Mängel sind sofort abzustellen.
Wiesbaden, den 18. April 1923.
Der Landrat.
J. B. Schrödt, Kreisfeldtr.

Nr. 172.
Kaufpreis - Preisnotierungs - Kommission Frankfurt.
Es wurden notiert am 16. April 1923: Erbsen, alle Sorten, Erbsenpreis: 2800 Mark für 1000 kg. als Referenz.
Städtische Preisprüfstelle.

Nr. 171.
Anordnung.
Auf Grund der §§ 6a und 9 der Milch-Verordnung vom 30. April 1921/9. Dezember 1922 (R. G. Bl. I. S. 496 bezw. 122) der Erlasse des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten vom 27. Dezember 1922 — Gen. 2548 — und vom 23. Januar 1923 — St. R. I. 233 — wird mit Zustimmung des Herrn Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft zur Sicherung der Milchversorgung mit Geltung für den Regierungsbezirk Wiesbaden folgendes angeordnet:

§ 1.
Wer in eigener Person Butter oder Käse beim Erzeuger, bei Molkereien, Sennereien, Käsereien oder anderen Milchverarbeitungsbetrieben zum Wiederverkauf oder zur gewerbsmäßigen Verwertung für Gemeinden, Gemeindegremien, Bezirke oder als Beauftragter einer Mehrheit von Gemeinden ankauft, bedarf hierzu einer durch mich zu erteilenden besonderen Erlaubnis, worüber ein Gesuch beim Landrat zu stellen ist.

§ 2.
Anträge auf Erteilung der Erlaubnis sind zu richten an die zuständigen Ortspolizeibehörden. Dem Antrag auf Erteilung der Erlaubnis ist ein Verzeichnis beizufügen.

§ 3.
Der Erlaubnisschein ist auf Verlangen den mit der Kontrolle beauftragten Beamten vorzulegen.

§ 4.
Erzeuger, Molkereien, Sennereien, Käsereien oder andere Milchverarbeitungsbetriebe dürfen Butter oder Käse nur verkaufen, wenn sich der Käufer als Inhaber einer Erlaubnis nach § 1 ausweist.

§ 5.
Die Erlaubnis wird erteilt, wenn der Einkäufer unanfechtbar ist oder nicht die nötige Sozialversicherung hat, sowie aus wirtschaftlichen Gründen (z. B. mangels Bedürfnisses). Aus anderen Gründen kann eine bereits erteilte Erlaubnis durch mich entzogen werden.

§ 6.
Beschwerden gegen die Vergütung bezw. Entlohnung der Erlaubnis sind binnen einer Woche bei dem Herrn Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten anzubringen.

§ 7.
Die Kosten für die Ausstellung der Erlaubnis-scheine werden durch die Polizeibehörden bekannt gemacht.

§ 8.
Zusammenfassungen gegen die vorstehende Anordnung werden auf Grund des § 10 der Verordnung über den Verkehr mit Milch vom 30. April 1921 in Verbindung mit § 1 des Gesetzes vom 21. 12. 1921 (R. G. Bl. I. S. 1604) mit Geldstrafe bis zu 100 000 M. oder mit einer dieser Strafen bestraft. Neben der Strafe kann auf Einziehung der Erlaubnis erkannt werden, auf die sich die Strafbefugnis nicht erstreckt, ob sie dem Täter gehört oder nicht.

§ 9.
Diese Anordnung tritt am 1. März 1923 in Kraft.
Wiesbaden, den 31. Januar 1923.
Der Regierungspräsident.

Die Herren Bürgermeister des Kreises wollen vorstehende Anordnung sofort örtlich bekannt machen und die am Orte anwesenden Butterhändler, Käseverarbeiter, die Anträge auf Erteilung der Erlaubnis bei der Ortspolizeibehörde zu stellen und hierüber vorzulegen. Antragsformulare sind hier erhältlich. Die Ortspolizeibehörden wollen die auf der Rückseite des Antragsformulars gedruckten Fragen eingehend und mit größter Gewissenhaftigkeit beantworten. Insbesondere ist bei der Frage 9 das wirtschaftliche Bedürfnis eingehend zu begründen.

Die Erlaubnis ist nur innerhalb des Bezirks des Erlaubnis erteilenden Regierungspräsidenten gültig. Wer also auch beispielsweise im Regierungsbezirk Gießen Butter oder Käse aufkauft, bedarf einer besonderen Erlaubnis durch den dortigen Regierungspräsidenten in Gießen.
Die Erlaubnis, welche bei Antragstellung bei der Ortspolizeibehörde zu hinterlegen ist, beträgt 2400 Mark für den ersten und 800 M. für jeden weiteren hundert Kilo aufkauften Milch.
Wiesbaden, den 18. April 1923.
Der Landrat.
J. B. Schrödt, Kreisfeldtr.

Nichtamtlicher Teil.

Deutscher Reichstag.

Die Fortsetzung der ankenpolitischen Aussprache.

Berlin, 17. April. Im Reichstag wurde heute die Aussprache über die geforderte Rede des Ministers des Auswärtigen fortgesetzt.
Abg. Dr. Gothein (D. Sp.): Lieber die Fortsetzung des Ruhrgebietes nur nach Maßgabe der geltenden Bestimmungen zu räumen, kann es keine Diskussion geben, ebensowenig über den Plan einer internationalen Kontrolle dieses Gebietes durch den Völkerbund. Deutschland hat die Bereitschaft zu Verhandlungen mit dem Völkerbund, aber die Verhandlungen müssen auf der Grundlage der Selbstbestimmung der Völker stehen. Eine bestimmte Summe hat keinen Zweck. Wenn wir heute eine bestimmte Summe nennen würden, so wäre gar keine Gewähr dafür gegeben, daß wir sie auch leisten können.

Abg. Dr. Stresemann (D. Sp.): Der Minister hat gestern die aktive Politik der Regierung festgelegt. Entschieden an ihr ist, daß sie eine geeignete Grundlage für internationale Verhandlungen abgibt, falls die Entente und besonders Frankreich den Weg der Verständigung wählt. Eine endgültige Entscheidung könnte heute nicht abgelehnt werden, wohl aber könnte man die in dem Pariser Angebot genannte Höchstsumme zugrunde legen, für deren Befriedigung sich Deutschland bereit erklärt hat. Die in Frage kommenden Verhandlungen müssen nach einem internationalen Sachverständigenkongress nachprüfen lassen, was auch die Pariser Konferenz empfohlen hat. Als Ausgangspunkt für eine solche Summe haben wir auch die Wiederherstellung des deutschen Handels durch ein internationales Gremium gefordert, um eine internationale Initiative zu ermöglichen. Eine solche internationale Initiative nannte Herr Poincaré auf der Pariser Konferenz, unter den Garantien, die er von Deutschland fordern will. Eine internationale Initiative ist aber, wie die Beschlüsse des internationalen Handelskongresses in Rom bezeugen, ohne eine endgültige Lösung der Gesamtverpflichtungen unmöglich. Redner wendet sich dann gegen die Unterstellung des „Temps“, daß die Währungsverhältnisse, die Anerkennung der französischen Priorität abweisen zu wollen: Deutschland wolle, daß ein Kampf der Währungen geschehen könne, aber immer auf seinem Boden ausgefochten werden soll. Aber warum soll eine Erlaubnis über die Vermehrung der deutschen Zahlungen für den französischen Wiederaufbau nicht eine Realität werden? Für England ist es eine Frage des finanziellen Kollaps, ob nicht die Wiederherstellung der deutschen Handelskraft notwendig ist als der Empfang von Reparationen. Nur muß Frankreich auch anerkennen, daß die Erschütterungen des Weltkrieges an seinem Vollen eine Erschütterung seiner Reparationen vorübergehen. Die Frage der deutschen Reparationen kann nicht allein auf finanziellen Gebiet gelöst werden. Warum beschließt Frankreich nicht das Angebot Dr. Cuno's wegen einer Kooperation der Industrie? Der Zustand Europas legt die Frage nahe, ob die Aufrechterhaltung einer Zollgrenze noch möglich ist. Auch hier liegen zwischen wirtschaftlichen Überbetrachtungen. Die englische Seite an der deutschen Währungs- und Finanzpolitik berücksichtigt nicht den deutschen Währungsbedarf und den Druck, der auf der deutschen Wirtschaft infolge der Verzögerung der endgültigen Reparationsleistungen liegt. Deutschland kann erst dann seine Finanzen in Ordnung bringen, wenn Währung endgültig stabilisiert und ein Höchstmaß an Steuerfähigkeit erfüllt, wenn ihm endlich die Grundlagen seines politischen und wirtschaftlichen Lebens gegeben werden. Für eine solche endgültige Lösung will Deutschland das größte Opfer bringen. Industrie, Finanz und Landwirtschaft werden die Garantie für die deutsche Verzinsung übernehmen. Einmalig werden jedoch die Parteien über den Weg bis zum Reichstag führen, wenn man das Rheinland und das Ruhrgebiet in irgend einer Form von Deutschland trennen werde. — Redner wendet sich weiter entschieden gegen das Vorhaben Poincaré im Rheinland und dankt unter lebhaftem Beifall dem österreichischen Ministerpräsidenten Seipel für die warme Anteilnahme, die er an Deutschlands schwerem Schicksal genommen hat. Redner schließt: „Es ist ganz richtig, nach dem starken Mann, nach einem Bismarck zu rufen.“ Wir brauchen in diesen Übergangszeiten die Zusammenfassung aller Kräfte zu einer Politik der nationalen Befreiung.

Abg. Dr. Seidel (D. Sp.) bezieht es mit Genugtuung, daß der Reichstag einen eigenen Vertreter in das Ruhrgebiet entsendet hat. Die von dem Abg. Müller verlangte geforderte Antwort der Regierung ist auf unser Wunsch. Der Fortschritt eines neuen Angebots können wir aber nach den bisherigen Erfahrungen nicht zulassen.

Es sprechen noch die Abg. Stöcker (Komm.), Lipper (D. Sp.) und v. Gräfe (D. Sp.). Dann wird die Weiterberatung auf Mittwoch 2 Uhr vertagt.

Sitzung am 18. April

Berlin, 18. April, 2 Uhr nachm. Präsident Lohde eröffnet die Sitzung mit dem Wunsch, daß der gestern von einem Auto angefuhrte Abg. Gerner bald wieder von den Folgen des Unfalles genesen möge.

Die Rede zum Betriebsregeln, wonach die Aufschüßungen bei Entlohnungen der Gewer-

wertung angepaßt werden sollen, wird debattiert in allen drei Lesungen angenommen.

Dann wird die Aussprache über die Rede des Ministers des Auswärtigen fortgesetzt.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.): Die Rede des Außenministers ist mancherlei Deutungen ausgesetzt und macht deshalb eine weitere Klärung nötig. Die Mehrheit der demokratischen Fraktion steht beifallslos dem Inhalt des Ministerialbeschlusses gegenüber. Wir stimmen mit dem Minister überein in der Forderung, den passiven Widerstand fortzusetzen. Wir legen dabei die Betonung auf „passiv“ und freuen uns, daß das Haus von der Idee des aktiven Kampfes abgesehen ist. Die „Deutsche Zeitung“ vertritt in einer Stimme aus München freilich einen anderen Standpunkt und die Regierung sollte diesen Standpunkt beharrlich verteidigen. Wir begrüßen die scharfe Abgrenzung an den Militarismus. Die Klärung des Ruhrgebietes soll nicht Vorbedingung zu Verhandlungen sein. Als ich in London etwas Näheres sagte, wurde ich des Berrats beschuldigt. Ich freue mich, mit dieser Meinung jetzt in sehr guter Gesellschaft zu sein.

Der Zentrumsgewählte Universitätsprofessor Dr. Paulcher schilderte die Lage im Rheinland, die sich wesentlich verschärft habe, und wandte sich gegen die Ausweitung des Ruhrgebietes durch die internationalisierte Rheinlandkommission. Besonders bedauerte er das Zentrum dem Papst für seine Haltung während und nach dem Krieg. Auch Amerika habe an der Spitze aller Völker in der humanitären Hilfe für unsere Mitmenschen. Amerika, das eingesehen habe, daß der Versailler Vertrag kein Glück für die Völker sein würde und ihn nicht unterzeichnet habe, sollte jetzt auch aktiv eingreifen, damit dieser Friede nicht zerbröckle. Zur Neutralisierung des Rheinlandes sprach er namens der weitaus stärksten Partei des belagerten Rheinlandes mit unzweideutiger Klarheit und Bestimmtheit seine Meinung gegen alle diese Pläne aus. Dr. Paulcher wies darauf hin, daß ihn als Christen nicht der Haß gegen Frankreich treibe und daß er glühend die Verständigung mit Frankreich wünsche, aber Frankreichs jetziges Verhalten müsse die Absehung der Rheinländer verschärfen. Wollte man das Prinzip der Selbstbestimmung der Völker, das im Krieges gerade unsere Gegner immer gepredigt hätten, für das alte Kulturland am Rhein nicht gelten lassen, sondern darüber entscheiden wie über ein wertloses Land? Wenn das französische Volk sich dazu durchringen könnte, alle Abfichten auf eine rheinische Republik fallen zu lassen, dann sei die Verständigung möglich, und wenn über diese Frage entschieden werden solle, dann verfangen die Rheinländer eine Volksabstimmung, deren Erfolg nicht zweifelhaft sein könnte. Zu einem Angebot Deutschlands schied dem englischen Vorkämpfer äußerte sich der Redner in zustimmendem Sinne, aber es könne nicht mehr angeboten werden als wirklich geleistet werden könnte. Mit Sanctionen könnte jedenfalls ein Angebot nicht gefordert werden. Wie müßten von der Volksgemeinschaft fortgesetzt zu einer Völkergemeinschaft, einem Völkerverbund, der nicht nur diesen Namen führt, sondern ihn auch verdient.

Nach der Rede des rheinischen Vertreters gab Staatssekretär Freiherr v. Helldorf namens der Regierung eine Erklärung ab, in der er zur Vereinfachung des Reichsausschusses für die belagerten rheinischen Gebiete bemerkte, daß es von Anfang an von den Gegnern als ein unheilvolles Hindernis empfunden worden sei.

Wie die Deutschnationalen sprachen dann Abg. Dr. Heffrich. Es habe sich gezeigt, daß auch ein maßvoller Schritt nicht weichen sei. Im weiteren ausgehenden Kampf müsse jede Initiative im Volk befaßt und die Stützungen der Mark fortgesetzt werden, auch wenn dabei das Geld der Reichsbank auf Spiel gesetzt würde. In diesem Kampf sei das Rheinland das Zentrum, das verfallen werden müsse. Dr. Heffrich ging dann ausführlich auf die Vorverhandlungen des Friedensvertrages ein. Es sei die Tragik Deutschlands, daß Wilson unerbittlich geworden sei, aber der Anspruch auf Wiedergutmachung dieses Unrechts bleibe bestehen. Redner fordert weitestgehende Aufklärung im Ausland darüber, daß Deutschland sich unter den Lasten der militärischen Befugnis verfallen müsse. Er wolle nicht daran, daß ein neues Angebot der deutschen Regierung von neuen zurückgewiesen werden würde. So wahr Leben und Freiheit des deutschen Volkes von Belles fester sind als Geld und Macht, so wahr müsse uns in diesem Kampf der Sieg werden.

Für die Gruppe der Unabhängigen kam Abgeordneter Vebendur zu Wort, der eine Verständigung mit Frankreich forderte, ehe die Ruhrbevölkerung verende. Die besten Kräfte Frankreichs, die bewährtesten, seien für Wiedergutmachung und Gegner der Ruhrbesetzung.

Der zweite Fraktionsredner der Deutschen Volkspartei, Abg. Prof. Dr. Rosenhauer, betonte, daß die Vorkämpfer von London darauf hinauszielen, den Engländern ein Eingehen auf die französischen Pläne zu erleichtern. Wir müssen klar und deutlich feststellen, daß die Internationalisierung nichts anderes sein würde als eine Annexion. Auch den Engländern müsse deutlich erklärt werden, daß die rheinische Politik Frankreichs für uns unüberwindlich ist. Abg. Rosenhauer schloß seine Ausführungen mit dem Worten, daß ein Volk, das für seine heiligen Rechte kämpft, schließlich auch mit seinen höchsten Kräften aller Schwierigkeiten Herr werden würde.

Nach weiteren Ausführungen des Kommunisten Fräulein wurde die Aussprache geschlossen. Das Haus des Ministers und die übrigen Teile des Reichstages des Auswärtigen Amtes wurden ohne Erörterung gegen die äußerste linke Bewilligung. Nach 7 Uhr vertagte sich das Haus auf Donnerstag: Haus des Reichswirtschaftsministeriums.

Androhung scharfer Maßnahmen gegen die verbrecherische Devisenspekulation.

Berlin, 19. April. Im Reichstag wurde heute die zweite Lesung des Reichsausschusses für 1923 dem Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums fortgesetzt. Abg. Herz (Soz.) ergriff gegen die Devisenspekulation der Regierung die Initiative, daß sie mit der Stützungsaktion der Mark zu spät begonnen habe und gegen die Devisenspekulation zu spät eingeschritten sei. Während die Meinung des Reichswirtschaftsministers sei: erst Lohnabbau, dann Preisabbau, sei doch gerade das Gegenteil richtig. Die Löhne seien in der heutigen Wirtschaftslage nur ein geringer Bruchteil der Löhne vor dem Krieg. Neben der Stützungsaktion verlange seine Partei eine Devisenkontrolle und die Einrichtung einer Devisenzentrale. Sie habe die schwersten Bedenken gegen eine Ausbeutung der Auswärtigen. Des weiteren kritisierte der Redner das viel zu niedrige Ergebnis der Dollaraufwertung, das bewirke, daß die führenden Kreise der deutschen Wirtschaft die Regierung bei der Stützung unserer Währung ganz ungenügend unterstützt hätten. Durch eine energische Politik müßten die besagten Fehler wiedergutmacht und die Marktwirtschaft unter allen Umständen fortgesetzt werden, was für Abg. Herz eine Reihe von Forderungen aufstellte, so Einführung einer Anmeldepflicht für Devisenbesitzer, Beschränkung der Devisenimporte, Erhöhung des Reichsbankdiskonts, Beschränkung der Einfuhr, Erhöhung der Ausfuhrzölle und Währungsregulierung der Veräußerung der Reichsbank.

Namens des Zentrums betonte Abg. Celler, daß alles darauf ankomme, den Kampf im Ruhrgebiet zu einem für uns günstigen Ende zu führen und daß das Reichswirtschaftsministerium, auf die anderen Ressorts einwirkend, der Industrie im letzten Gebiete möglichst viele Beiträge zu erteilen und Arbeitsplätze in diesem Gebiet anzurufen und zu fördern. In der Ruhrfrage müsse eine einheitliche programmatische Erklärung der Regierung erfolgen. Nachdrücklich forderte er eine Prüfung der Preispolitik der Rente und die bündige Einbringung des Handwerksvereinsgesetzes. Die Rente würde entlastet sein, wenn die Rente, die die Deutsche Reichsbank im Reich ihre Devisen vorzuleihen, jetzt von der Dollaraufwertung profitierten.

Reichswirtschaftsminister Dr. Baumbach wies in längerer Rede zunächst darauf hin, daß die Wirtschaftspolitik niemals Wirtschaftspolitik für eine bestimmte Gruppe oder Klasse der Wirtschaft treiben und keine Rücksicht auf die Zufriedenheit der Unzufriedenen gewisser Kreise nehmen würde. Seine Arbeit habe vielmehr der ganzen Wirtschaft zu gelten. Die Forderungen des Abg. Dr. Herz sei also unangebracht gewesen. Im großen und ganzen sei man darüber einig, daß ohne große Kreditgewährung der Abwehrkampf an der Ruhr nicht zu führen sei, denn es sei zu berücksichtigen, daß fast alles, was im besetzten Gebiet vorbereitet wurde, auf Lager genommen werden mußte. Dabei seien im Bergbau allein 500 000 Arbeiter beschäftigt, und die Zahl der in der Metallindustrie und anderwärts Beschäftigten sei nicht geringer. Selbst bei den niedrigsten Löhnen komme man täglich auf einen Betrag von vielen Millionen. Die Reichsbank müsse also die allerhöchste Pflicht, wenn sie Kredit gewähre, fast mehr der Abwehrkampf in 14 Tagen zu Ende gewesen und die Arbeiter- und Angehörigenlöhne hätte schon in den ersten 14 Tagen auf der Straße gelegen. Die Regierung habe dafür gesorgt, daß die ganze Wirtschaft im Gang bleibe und die Arbeiter durch Entlohnungen der Betriebe nicht nachließen. Wenn die Rohstoffversorgung bis auf 40 Prozent eingeschränkt sei, so könne man sich eine Vorstellung davon machen, welche gewaltigen Verluste entstehen. Die Schwerindustrie an der Ruhr arbeite heute nichts, während sie ihre Arbeiter weiter beschäftige. Für die Devisenpolitik sei in erster Linie der Finanzminister verantwortlich. Nachdrücklich erklärte der Minister, daß kein Wort der Verantwortung sofort gesagt sei, für die Verbrechen an der Nation, die den geringen Einbruch in die Devisenpolitik der Regierung verschuldet hätten. Die Regierung werde nicht vor den scharfen Maßnahmen gegen solche verbrecherischen Spekulationen zurückweichen. Der Devisenbesitzer gegenüber solle kein Zweifel gelassen werden, daß die Stützungsaktion der Mark nie bisher weiter durchgeführt werden würde. Der Minister kündigte folgende Maßnahmen der Regierung an: Die Einfuhr werde auf einzelne Gebiete beschränkt werden, ferner werde die Regierung eine Anmeldepflicht für den Devisenbesitz demnach einführen. Die Regierung werde außerdem drakonische Maßnahmen ergreifen, um die Mark auf einem Niveau zu erhalten, das ein weiteres Sinken infolge der Lebenshaltungskosten verhindert. Durch eine Wechselkursumrechnung solle der Kurs der Reichsmark gegenüber den ausländischen Währungen sinken. Der Minister schloß mit den Worten, daß alles getan werden würde, um die schlimmste Lage von Handel, Gewerbe und Industrie nach möglich im besetzten Gebiet zu erleichtern.

Seitens der Deutschnationalen Volkspartei erklärte sich Abg. Dr. Blumstedt im allgemeinen mit den Ausführungen des Ministers einverstanden. Wenn unsere Wirtschaft gedeihen solle, dann dürfe der Staat, der heute schon nahezu über die Hälfte entwertet sei, nicht mehr weiter belastet werden. Er wüßte, daß besonders das Handwerk besser mit öffentlichen Aufträgen bedacht werde. Seine Partei habe zu dem Minister das Vertrauen, daß er die beiden Kräfte der Wirtschaft Kapital und Arbeit gemeinsam stütze und miteinander verbinde.

Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Dr. Herz wurde um 6¼ Uhr die Weiterberatung auf Freitag 2 Uhr vertagt.

